

Schweizerische Vereinigung  
für Freiheit, Demokratie  
und Menschenwürde  
3000 Bern 11

## Mitteilungen

editorial

ANNEMARIE GÜR-BOSSARD

E-Mail: guer@prolibertate.ch



### Kontrolliert die Mächtigen!

Die Freiheit und die Volksrechte haben unsere Vorfahren während Jahrhunderten mit grossen Opfern erkämpft. Auch heute müssen diese Werte verteidigt werden, denn nach wie vor sind sie gefährdet. Zusehends werden Volksentscheide von den Regierungen missachtet. Die EU hat dafür kürzlich wieder den Beweis geliefert. Zwar spricht man immer von der grossen Mitbestimmung der kleinen Länder. Die Irländer durften es erfahren, als sie den Vertrag von Nizza ablehnten und somit gegen die folgenschwere EU-Osterweiterung stimmten. Diese Abstimmung wurde schlichtweg ignoriert und die Bürger der anderen EU-Länder werden gar nicht um ihre Meinung gefragt. Dies ein Stimmungsbild der hochgepriesenen EU. Auch die Schweizer Regierung findet es oft lästig, das Volk entscheiden zu lassen. Deshalb wäre es doch lohnenswert sich zum 1. August Schillers Worte wieder durch den Kopf gehen zu lassen: «Wir wollen frei sein...»

■ ■ Gib Europa nicht die totale Kontrolle!  
Stimmt nein zum Nizza-Vertrag. ■ ■

### Abstimmungsplakate aus Irland



■ ■ Du wirst verlieren! Macht. Geld. Frieden.  
Stimmt nein zum Nizza-Vertrag. ■ ■



© 2001 The Referendum Commission, Dublin 1. All Rights Reserved.



## Zum 1. August 2001

KKDT HEINZ HÄSLER,  
EHEMALIGER GENERALSTABSCHEF  
UNSERER ARMEE

Jener 1. August, der erstmals in meiner Erinnerung haften blieb, ist derjenige des Jahres 1939. Am Familientisch und auch bei den «Abesitzen» war damals schon über längere Zeit Adolf Hitler mit seinen Machtgelüsten das Hauptthema. Ob es wohl wieder zu einem Krieg komme und welches

Schicksal dannzumal unserem Land beschieden sei, waren Fragen und Mutmassungen, die ich von den langen Gesprächen der Erwachsenen aufnahm und die mich in der Folge beschäftigten. Der Vater musste einrücken und der Grossvater – welcher fortwährend jedem, mit dem er ins Gespräch kam, beteuerte, wenn sie kämen, für einige von ihnen hätte er dann noch eine Patrone – müsste im

*Fortsetzung Seite 2*



### in dieser Ausgabe

- 3 Verhandeln – oder wie viel Souveränität soll preisgegeben werden
- 4 Interview mit Filippo Leutenegger zum Thema: «Der Auftrag des Journalisten»
- 6 Selma ist tot – die Sektionschefs abgeschafft
- 7 Spalte des Präsidenten
- 7 Erteilen Sie den Auftrag!
- 8 Unsere neue Visitenkarte zum 45. Geburtstag von PRO LIBERTATE
- 8 Für Ihre Agenda

Herbst allein zum Vieh schauen, wenn es von der Alp zurückkehrte. Wohin müsste wohl der Vater gehen? Wieder an die Grenze, wie damals, als um unser Land herum der grosse Krieg tobte? Wie oft hatte der Vater doch erzählt, dass er über Monate in Coeve im Jura, nahe der französischen Grenze, Wache gestanden habe. Wo das genau lag, wusste ich von da an, als ich den Jura und das Dorf eines Tages nach langem Suchen ganz oben auf der Schweizerkarte der Oberschule gefunden hatte. Weit weg von unserem Bergdorf war das!

Die Lehrerin hatte auch gesagt, dieses Jahr müssen die Väter vielleicht an die Grenze, um unser Land zu schützen. Drum sei der diesjährige 1. August anders als die bisherigen. Sie lernte mit uns die Landeshymne, die wir dann gemeinsam mit den Oberschülern singen wollten. Es sei wichtig, dass alle «richtigen» Schweizerbuben und Schweizermädchen die Strophen kennen, das gehöre sich, wenn man, wie die Erwachsenen, auch ein Patriot sein wolle. Was ein Patriot war, erklärte sie uns zwar nicht, aber etwas Gutes musste das schon sein, denn auch mein Vater sagte von Nachbar Fritz, der sei ein echter Patriot. Und der Nachbar war sein liebster ehemaliger Schulkamerad und sass an Abenden mit Vater und Grossvater oft bis lange nach Einbruch der Nacht vor unserem Haus!

Die ganze Schule trug während mehreren Tagen aus dem Wald Holz für das Feuer auf die Allmend. Ich bewunderte die Oberschüler, die es unter der Leitung des Lehrers aufschichteten und nicht ohne Stolz zuoberst auf dem Stoss arbeiteten.

Als es am 1. August zu dämmern begann, bewegte sich «das ganze Dorf» in einem langen Zug hinauf auf die Allmend. Kaum wurde gesprochen. Feuerwerk und andere Knallerei blieben aus. Wer hätte dafür schon Geld gehabt! Die Kleinsten waren aber mit Fackeln ausgerüstet, die allerdings mehr von den Müttern getragen werden mussten, weil einige sie über den holprigen Pfad nachschleiften, so dass sie immer wieder auslöschten.

#### Der Gemeindepräsident redete.

Auch er sagte wieder etwas von Patrioten. Es werde sich vielleicht schon bald zeigen, wer einer sei, rief er in

bestimmtem ernstem Ton der Menge zu. Patriot musste sicher auch etwas Wichtiges sein! Die Erwachsenen klatschten lange ganz fest und einer rief: «Bravo Christen». Dann durften die Oberschüler das Feuer anzünden. Als es hoch in den Nachthimmel loderte, stimmte der Lehrer die Landeshymne an und auch die Erwachsenen sangen mit uns. Von den Alpen rings um unser Dorf leuchteten Feuer herunter. Alle Leute standen auf der Allmend, bis der brennende Holzstoss zusammenfiel und die Glut sich weiss zu verfärben begann.

Diese einfache Feier, die mir aus erster Zeit im Gedächtnis haften blieb, könnte zum heutigen Rummellässlich unseres «Nationalfeiertages» nicht in grösserem Gegensatz stehen. Wir sind internationaler geworden!

Die Strophen der Landeshymne sind in den meisten Schulen, aber auch beim grössten Teil der Erwachsenen kaum mehr bekannt. Sogar am 1. August ist vielerorts längst lärmiges, fremdsprachiges Gekrächze «in».

Das Wort Patriot, welches mir damals für den Lehrer und für die Lehrerin, für den Nachbarn Fritz, für den Gemeindepräsidenten Christen, für meinen Vater und meinen Grossvater, ja für alle, die rund um das Feuer standen, als zutreffend und als etwas Nötiges schien, obschon ich mir seines tieferen Sinns kaum bewusst war; dieses Wort hat man über die langen Jahre beinahe zu einem Unwort verunstaltet. Kaum jemand, der es heute, im Zeitalter der Globalisierung noch auszusprechen wagt. Die Wenigen, die es noch verwenden, werden als «die ewig Gestrigen», «die Unverbesserlichen», ja als «die Unheimlichen» abqualifiziert, damit man sie so nach und nach dem Rechtsextremismus zuordnen kann.

Dabei heisst Patriot aus dem Griechischen übersetzt: «Ist Freund des Vaterlandes!» Haben wir nicht allen Grund, dies auch am 1. August 2001 zu sein?

Verhandeln –  
oder  
wie viel  
Souveränität  
soll  
preisgegeben  
werden

■ EU-Sitz Brüssel:  
Sollen unsere  
Sicherheits-  
bedürfnisse  
hier entschieden  
werden? ■



Das Schweizer Volk stimmte im Jahr 2000 dem bilateralen Vertragspaket 98 mit der Europäischen Union zu. Bis heute sind die Verträge nicht von allen EU-Staaten ratifiziert worden. Zum Beispiel setzen Frankreich und Belgien ihr Katz-und-Maus-Spiel fort, nicht zuletzt um die Sanierungspolitik der Swissair zu beeinflussen. Vom Bundesrat vernahm man bis anhin keine klaren Worte an die Adresse der EU-Verzögerungstaktiker. Unterdessen stauen sich auf unseren Transitachsen die 40-Töner, weil der Bundesrat am 1.1.2001 die Schleusen von sich aus geöffnet hat, und das Blockieren einer Swissair-Maschine durch belgische Gewerkschafter wird in Bern gerade noch «knapp» wahrgenommen. Trotzdem will der Bundesrat weitere folgenschwere Verträge mit der EU aushandeln.

WERNER GARTENMANN

E-Mail: gartenmann@prolibertate.ch

Volk und Kantone sprachen sich am 4. März 2001 klar gegen einen raschen EU-Beitritt aus. Das hindert aber die Landesregierung und die Verwaltung offenbar nicht, weiter das EU-Beitrittsziel zu beschwören und ein weiteres bilaterales Vertragspaket vorzubereiten. Noch diesen Sommer will man die Verhandlungen über zehn Dossiers aufnehmen:

- **Betrugsbekämpfung:**  
Die EU wirft der Schweiz vor, sie bekämpfe Schmuggel und Betrügereien mit Subventionen nicht genügend. Die Schweiz solle eine erweiterte Amts- und Rechtshilfe anbieten. Zu den vorgesehenen Zwangsmassnahmen würde auch die Aufhebung des Bankkundengeheimnisses gehören.
- **Verarbeitete Landwirtschaftsprodukte:**  
Die Schweiz wünscht sich Erleichterungen beim Export von Suppen, Schokolade, Biskuits, Teigwaren usw.
- **Bildung, Berufsbildung, Jugend:**  
Es geht um den Ausbau der Teilnahmemöglichkeiten an EU-Bildungs- und Austauschprogrammen.
- **Medien:**  
Die Schweiz will sich an EU-Förderprogrammen für den europäischen Film beteiligen. Die EU will der US-Konkurrenz Paroli bieten.
- **Statistik:**  
Die schweizerischen Daten sollen gemäss EU-Massstäben erhoben und anschliessend an Eurostat (statistisches Amt der EU) übermittelt werden. Somit wäre unser Land mit den EU-Staaten «wenigstens» statistisch vergleichbar.
- **Umwelt:**  
Die Schweiz will das «Eco-Label» der EU übernehmen, welches umweltschonende Produkte auszeichnet. Der Beitritt zur EU-Umweltagentur EUA würde den Zugang zu Daten über den Zustand der

Umwelt ermöglichen. Solches Datenmaterial könnte für die Ausgestaltung entsprechender Gesetze eingesetzt werden.

- **Ruhegehälter:**  
Die EU möchte, dass pensionierte EU-Beamte, die in der Schweiz leben, ihre Ruhegehälter nicht doppelt versteuern müssen.
- **Dienstleistungen:**  
Für Dienstleistungen der Banken, Versicherungen und freien Berufe möchte die Schweiz einen besseren Zugang zum EU-Binnenmarkt.
- **Zinsbesteuerung:**  
In sieben Jahren muss das Bankgeheimnis in allen EU-Staaten gegenüber den Finanzämtern aufgehoben werden. Im Weiteren wird im Gebiet der EU die Zinsbesteuerung harmonisiert. Brüssel hat erkannt, dass diese Massnahmen nur greifen, wenn Drittstaaten wie die Schweiz mit «gleichwertigen Massnahmen» nachziehen. Noch ist Bern nicht bereit, über das Bankkundengeheimnis zu diskutieren. Die Verhandlungen werden zeigen, ob Bern und Brüssel einen gemeinsamen Nenner für «gleichwertige Massnahmen» finden.
- **Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit, Asyl und Migration:**  
Die Schweizer Regierung strebt den Vollbeitritt zum Schengener Abkommen an. Die Grenzkontrollen werden durch das Abkommen aufgehoben und durch andere Massnahmen ersetzt: Verstärkung der EU-Aussengrenze, gemeinsame Visums- und Asylpolitik, Ausweitung der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit, umfassender Informationsaustausch von Personendaten (Schengener Informationssystem SIS). Durch den Beitritt zum Dubliner Abkommen soll verhindert werden, dass die Schweiz die einzige Alternative in Westeuropa für in der EU abgewiesene Asylbewerber wird, weil im gesamten EU-Raum nur noch ein Gesuch gestellt werden kann (Erst-Asyl-Regelung).

### Schengen strapaziert die Souveränität massiv!

Der Beitritt zum Abkommen von Schengen hätte folgenschwere Konsequenzen auf die Unabhängigkeit und Souveränität der Schweiz. Das Abkommen berührt unzählige sensible Bereiche. Zum Beispiel die durch Schengen ausgelösten Regelungen in der Amts- und Rechtshilfe dürften zur Aufhebung des Schweizer Bankkundengeheimnisses führen. Der Wegfall der Grenzkontrollen provoziert unweigerlich auf fahrlässige Weise Sicherheitslücken. Der Beitritt zum Abkommen zwingt zu einer kompromisslosen Übernahme einer umfangreichen EU-Gesetzessammlung. Auf die Fortentwicklung der entsprechenden Gesetzgebung könnte die Schweiz keinen Einfluss nehmen. In einem Gespräch mit dem Tagesanzeiger vom 16. Mai 2001 äusserte sich der Justizdirektor des Kantons

Zürich, Regierungsrat Markus Notter, skeptisch zum angestrebten Schengen-Beitritt: «Funktioniert denn Schengen innerhalb der EU so gut? Der Bund lässt sich von der EU unter Druck setzen, weil wir angeblich nur schleppend Rechtshilfe gewähren. Ich muss sagen, unsere Erfahrungen mit EU-Ländern sind zum Teil katastrophal. Man erhält zum Teil nicht einmal eine Antwort auf Fragen. Auch wenn eine verstärkte internationale Zusammenarbeit durchaus Sinn macht, ist es naiv zu glauben, dass unsere Probleme einfach von uns abfallen, wenn wir irgendeinem Abkommen beitreten. Wenn ich die Kriminalitätsrate im europäischen Vergleich betrachte, das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung, die Effizienz der Strafverfolgungsbehörden anschau, muss ich sagen, dass wir sehr gut dastehen. Wird es besser, wenn künftig neben unserer kantonalen Kriminalpolizei noch die Bundes-Kripo und womöglich noch ein EU-Polizist sich hier tummeln? Was ich nicht begreife, ist, wann wer entschieden hat, dass man die Grenze des Bilateralismus überschreitet: dass man sagt, wir sind bereit, uns einem Acquis – also einer Gesetzesammlung – und seiner Weiterentwicklung zu unterwerfen, ohne darüber mitbestimmen zu können. Obwohl dies bisher eine heilige Kuh war, obwohl man bis 1999 gesagt hat, dies sei eine heilige Grenze. Weder Bundesrat Deiss noch Bundesrätin Metzler konnten mir bisher diese Frage beantworten».

### Die Realität...

Belgien hat seine Grenzkontrollen wieder verstärkt mit dem Argument, die EU-Aussengrenze sei zu wenig «dicht». Am 4. Juli 2001 hat Österreich aus Furcht vor einer unkontrollierten Invasion von Globalisierungsgegnern (Europagipfel in Salzburg) an seinen Grenzen vorübergehend wieder die Personenkontrollen aktiviert. Es macht den Anschein, dass «Schengen» nur bei «schönem Wetter funktioniert». Wir tun gut daran, unsere Hausaufgaben in den Bereichen Innere Sicherheit und Asylpolitik aus eigener Kraft zu erledigen sowie die Grenzkontrollen zu verstärken. Die EU hat das eingangs erwähnte Paket 98 noch nicht unterzeichnet. Bern steckt aber schon wieder im Verhandlungsfieber. Ist es Langeweile oder die Strategie einer stillen EU-Integration? Ein leichtfertiges Aufgeben von grundsätzlichen Sicherheitsaufgaben des Staates mittels Delegation an zentralistische, länderübergreifende Systeme kann nicht in Frage kommen. Unsere Grenzen verlaufen entlang unseres Staatsgebietes und wir kontrollieren diese nicht an der griechischen Küste oder nach der EU-Osterweiterung in Polen!

Interview von Annemarie Gür und Werner Gartenmann mit Herrn Filippo Leutenegger am 4. Juli 2001 zum Thema: «Der Auftrag des Journalisten»

4  
5

## Die überschätzte Macht der Medien widerspiegelt oft die Ohnmacht der Politiker

### 1. Das journalistische Handwerk

*Herr Leutenegger, was ist für Sie der Auftrag des Journalisten?*

Der Grundauftrag ist die Berichterstattung. Dazu gehört das Recherchieren und das Analysieren von Zusammenhängen. Der konkrete Auftrag hängt bei SF DRS vom Sendefass ab. So ist beispielsweise das Konzept der Tagesschau in Kürze auf den Nenner zu bringen: «Das Neueste und Wichtigste vom Tage» zu berichten.

*Welche Aufgabe hat dieser Auftrag in einer direkten Demokratie?*

SF DRS hat einen Konzessionsauftrag und ist insbesondere verpflichtet durch «allgemeine vielfältige und sachgerechte Information zur freien Meinungsbildung des Publikums beizutragen...». Des-

halb macht SF DRS keinen Kampagnenjournalismus.

*Sie sind Chefredaktor bei SF DRS. Schlicht und einfach gefragt: Können Sie den von Ihnen aufgezeigten Auftrag erfüllen und auch durchsetzen?*

SF DRS kann und will das erfüllen. Wir haben gut ausgebildete Journalistinnen und Journalisten, klare Aufträge für die Sendungen und zudem werden die journalistischen Leistungen sowohl intern wie auch extern einer strengen Kontrolle unterworfen. Bei uns ist das Beschwerdewesen sehr gut ausgebaut, von dem auch Zuschauerinnen und Zuschauer sowie politische Gruppierungen ausgiebig Gebrauch machen. Als Vorstandsmitglied der Schweizerischen Chefredaktorenkonferenz arbeite ich zudem am Konzept der Selbstkontrolle der Medien mit. Denn der

selbstkritische Umgang ist im Journalismus noch unterentwickelt.

*Wo liegen die Probleme in Ihrem Metier?*

Sicher haben wir in den Medien ein latentes Qualitätsproblem bei Journalisten und Journalistinnen, deshalb müssen wir wieder vermehrt in die Ausbildung investieren. Zudem müssen wir wieder verstärkt am Rollenverständnis der Medien, aber auch der Politik und der Wirtschaft arbeiten. Denn es ist völlig klar, dass wir unseren kritischen journalistischen Auftrag nur erfüllen können, wenn politische und gerichtliche Instanzen die Medien nicht zunehmend einschränken, wie der jüngste, unverständliche Bundesgerichtsentscheid gegen einen Blick-Journalisten belegt.

### 2. Journalismus und Politik

*Wie beurteilen Sie die Aussage: «Die Medien sind die erste, einflussreichste und einzige unkontrollierte Macht im Staat»?*

Die Macht der Medien wird generell überschätzt. Es trifft aber zu, dass die Medien kaum kontrolliert werden, das ist auch gut so, denn sonst hätten wir eine staatlich kontrollierte Medienlandschaft und das trägt immer totalitäre Züge. Um so



wichtiger ist die Entwicklung der Selbstkontrolle.

*Sehen Sie die Gefahr, dass die Schweiz auf dem Weg ist, die Pressefreiheit durch Urteile des Bundesgerichtes zu verlieren, wenn festgestellt wird, der Journalist dürfe bei Behörden keine Recherchen mehr vornehmen?*

Das aktuelle Urteil des Bundesgerichtes gegen den Blick-Journalisten ist nicht nur unverständlich, sondern richtet sich gegen den Grundauftrag der Medien, nämlich kritische, unangenehme Fragen zu stellen, Indiskretionen an den Tag zu bringen, Skandale und Misswirtschaft aufzudecken.

*Medien und Politik sind heute stark vernetzt! Besteht nicht die Gefahr, dass der Journalist die Rolle des Politikers einnimmt?*

Wie gesagt, die Macht der Medien wird überschätzt. Die grosse Macht, die Politiker den Medien zuschreiben, widerspiegelt oft die eigene Ohnmacht! Medien und Politik befinden sich in einem Wechselspiel und instrumentalisieren sich gegenseitig. Die Veröffentlichung der Geheimpapiere und Indiskretionen gehören beispielsweise zur Politik, wie das Wasser in den Rhein.

*Die Arena-Sendung nimmt in der politischen Meinungsbildung eine bedeutende Rolle ein. Haben Sie nicht manchmal selber Respekt vor den Auswirkungen der Arena, wenn diese ein Abstimmungsresultat massgeblich beeinflusst?*

Die Arena ist ein Sendegefäss, das auf die demokratischen schweizerischen Gegebenheiten zugeschnitten ist und europäisch in dieser Art einzig ist. Dem föderalistischen Aufbau, sowie auch den Parteiorganisationen in der schweizerischen Politlandschaft wird damit Rechnung getragen. Die Arena ist eine Plattform, die eine lebendige Sachdiskussion ermöglichen soll. Eine Sendung, in der die unterschiedlichen Standpunkte herauskristallisiert werden und der Kompromiss nicht vorweggenommen wird. Wenn dieses Ziel erreicht ist, bin ich mit der Sendung zufrieden, weil es dann eine echte Plattform zur Meinungsbildung darstellt.

*Nach der Abstimmungs-Arena über die Militärgesetzvorlage vom 10. Juni 2001 liess die VBS-Führung ihren Unmut in der Presse verlauten, Sie hätten die Gegner bevorzugt. Wie haben Sie auf die Kritik reagiert?*

Ich habe die Kritik ernst genommen und wir haben uns die Sendung nochmals angesehen und sogar zeitlich nachgemessen. Die Kritik war unberechtigt, aber ich habe ein gewisses Verständnis dafür, dass es in der Hitze des Gefechtes von der einen oder anderen Partei zu Unmutsäusserungen kommt, das gehört zum Metier und das muss ich ertragen können.

*Muss damit gerechnet werden, dass das Arena-Konzept angepasst wird?*

Die Arena wird den sich wandelnden Bedürfnissen immer wieder angepasst, das hat mein Nachfolger, Patrick Rohr, auch schon gemacht. Bei den Abstimmungsarenas, die ich leite, gibt es zur Zeit keinen Handlungsbedarf. Das Konzept wird so beibehalten.

*Erwarten Sie von Parteien oder Vereinigungen – wie Pro Libertate – Unterstützung, wenn es darum geht, die Unabhängigkeit des Journalisten zu wahren? Und welche?*

Nein ich erwarte keine Unterstützung. Es ist die Aufgabe unseres Unternehmens, die eingeschlagene publizistische Strategie weiter zu verfolgen, unabhängig von Schwierigkeiten, die ab und zu auftauchen. Ich denke, wir müssen wieder vermehrt lernen, schwierige Situationen auszuhalten und uns trotz aller Flexibilität von einem eingeschlagenen Weg nicht abbringen zu lassen.

### 3. Persönliche Fragen

*Warum haben Sie diesen Beruf gewählt? Wann würden Sie für Ihren Beruf bzw. für Ihren Auftrag lautstark auf die «Barrikaden» steigen?*

Weil ich mich für die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge interessiere und für die Schweiz. In meinem Metier bringt es nicht viel auf die «Barrikaden zu gehen», wenn man etwas erreichen will, dann muss man ausdauernd daran arbeiten.

*Filippo Leutenegger in der Politik, vorstellbar?*

**Zurzeit steht dies nicht zur Debatte.**

*Zum Schluss: Was denken Sie über die politische Kultur der Schweiz?*

Die Schweiz als Ganzes hat noch nicht herausgefunden, wo sie international hingehört und für welchen Weg sie sich entscheiden will. Das bezieht sich auch auf die Frage der Öffnung. Solange sich beide Lager in der Bevölkerung etwa die Waage halten, gibt es noch viel Konfusion und eine klare Strategie ist noch nicht auszumachen. Das gibt beim Bürger und bei der Bürgerin viel Verwirrung, welche natürlich von den Medien noch zusätzlich angeheizt wird.

*Sehr geehrter Herr Leutenegger, wir danken Ihnen bestens für das Gespräch.*

### Biografische Angaben Filippo Leutenegger

Chefredaktor und Abteilungsleiter «Chefredaktion»

- |                |   |
|----------------|---|
| 1972:          | Matura Typus A in Disentis/Altdorf                                |
| 1973 - 1978:   | Oekonomie-Studium mit Abschluss als Lic.oec.publ., Uni Zürich     |
| 1978 - 1980:   | Jus-Studium Uni Zürich  |
| 1980 - 1981:   | Betriebswirtschaftler bei der Schweizerischen Kreditanstalt (SKA) |
| 1981 - 1984:   | Wirtschaftsredaktor SF-DRS (beim Kassensturz)                     |
| 1984 - 1989:   | Korrespondent in Italien und Tessin für SF DRS                    |
| 1989 - 1990:   | Moderator und Produzent «Schweiz Aktuell»                         |
| 1990 - 1993:   | Redaktionsleiter der Wirtschaftssendung «Netto»                   |
| 1993 - 1999    | Redaktionsleiter «ARENA»/«Abstimmungssendungen» sowie «Wahlen»    |
| seit Nov. 1999 | Chefredaktor und Mitglied der Geschäftsleitung von SF DRS         |



## Selma ist tot – die Sektions- chefs abgeschafft

THOMAS FUCHS

STADTRAT UND SEKRETÄR PRO LIBERTÄTE

E-Mail: fuchs@prolibertate.ch

Mit dem Projekt Bärenpark soll das Berner Wappentier, der Bär, künftig via Tunnel Zugang zum Aarehang erhalten und in einem umzäunten Gebiet in der Aare fischen dürfen. In diesen Tagen musste der Bärenwärter jedoch den Tod der Braunbärin Selma (Jahrgang 1979) vermelden (sie ist jetzt wohl im Bärenhimmel). Im Bärengraben leben damit noch 4 Braunbären. Urs (Jahrgang 1977), Pedro, Tana und Delia (alle Jahrgang 1981). Nicht gesichert ist die Zukunft des Berner Bären im Wappen. Der Protestaufruf in den PRO LIBERTÄTE MITTEILUNGEN 3/2001 wurde von mehreren Dutzend Leserinnen und Lesern unterzeichnet und eingesandt. Das Zustandekommen der Volksinitiative ist bereits gesichert und am 14. August 2001 werden um 10.30 Uhr die Unterschriften im Erlacherhof, dem Sitze des Stadtpräsidenten, übergeben. Jung und Alt sind herzlich eingeladen, bei der Einreichung der städtischen Initiative und der schweizerweiten Petition anwesend zu sein. Bis zu diesem Datum läuft auch die Unterschriftensammlung weiter und weitere Unterschriftenbögen können unter Telefon 079 302 10 09 kostenlos bestellt werden.

Das letzte Wort über die Rückkehr des Bären als Wappentier auf Briefpapier und Couverts wird also das Berner Stimmvolk haben.

Aufgewühlt hat auf kantonaler Ebene ein Entscheid der Berner Regierungsrätin Dora Andres (FDP). Handstreichartig wurde den 178 Sektionschefs deren Kündigung mitgeteilt. Der seit 125 Jahren bestehende «Verband Bernischer Sektionschef» wurde nicht einmal konsultiert, geschweige denn vorgängig informiert. Diese selbstherrliche Art und Weise des Vorgehens erinnert an die Zeiten der gnädigen Herren (heute wohl treffender

gnädige Damen genannt). Eine optimale Struktur vor Ort wurde über Nacht zerstört, jahrzehntelange Tradition und Bürgernähe geht verloren, Milizgedanke und Ehrenamtlichkeit verlieren ihren Stellenwert. Vorbei die Zeiten, wo man beim Sektionschef als «Chummerzhilf» von morgens früh bis abends spät telefonische Auskünfte über Marschbefehle, Ausrüstung, Schiesspflicht, Verschiebungsgesuche usw. erhielt. Bei Todesfällen wird künftig nicht mehr der Sektionschef vor Ort Waffe und persönliche Ausrüstung einsammeln, sondern ein Brief aus Bern wird die ultimative Rücksendung verlangen. Das Zentralisierungsmotto (analog der EU) hat auch im Kanton Bern Fuss gefasst. Den Beweis, die Abschaffung spare rund 1 Million Franken, ist Frau Andres dem Verband der Bernischen Sek-

tionschefs bis heute schuldig geblieben und es ist zu bezweifeln, dass festangestellte Beamte die Arbeit kostengünstiger erledigen werden. Pikant ist, dass die Abschaffung der Sektionschefs bereits vor wenigen Jahren geprüft wurde und durch Andres' Vorgänger und Parteikollege mangels Sparpotenzial abgelehnt wurde.

Der Entscheid ist eine Vorwegnahme zur Armee XXI. Die Aushebung wird neu 3 Tage dauern und an diesen Tagen werden erste künftige Offiziere bestimmt. Dies ist ungefähr dasselbe, wie wenn man in der Schnupperwoche für Banklehrlinge die künftigen Direktoren bestimmen würde. Interessante Zeiten kommen auf uns zu! Ein wachsames Auge ist mehr denn je gefordert.



# Spalte des Präsidenten



WERNER GARTENMANN

E-Mail: gartenmann@prolibertate.ch

Vor 60 Jahren marschierte die deutsche Wehrmacht in Russland ein. Zwischen Berlin und Moskau verloren mehr Menschen ihr Leben als an allen anderen Fronten im Zweiten Weltkrieg. Eine gewisse Galina Nikitina aus Sablino bei Leningrad erinnert sich: «Beim Einmarsch der Deutschen standen wir mit offenem Mund am Strassenrand. Es war ja sehr interessant, wie der Feind aussah,

und die deutschen Landser, meistens jung und kräftig, fotografierten uns, manche stellten sich sogar zwischen uns. Und dann war die Idylle weg, der Alltag der gegnerischen Besatzung begann. Die Deutschen gingen sehr brutal mit uns um. In jedem Haus suchten sie Ikonen, die sie sofort von den Wänden rissen. Bei uns führten sie unsere letzte Hoffnung, die Kuh, ab und schlachteten sie in der Nähe auf einer Wiese. Meine Mutter bat sie, ihr wenigstens die Eingeweide für die Kinder zu geben. Ein Soldat guckte sie aufmerksam an und warf ein Stück warmen Gedärms seinem Schäferhund hin. Der Hund roch daran, knurrte und lief fort. Erst danach gestattete der Deutsche meiner Mutter, das beschmutzte Eingeweide mitzunehmen.» (Quelle: «Erinnerungen russischer Zivilisten und Soldaten an die ersten Wochen des Überfalls», DER SPIEGEL, Nr. 26/2001). Es geht nicht darum, immer und immer wieder in der Vergangenheit zu wühlen oder Feindbilder aufrecht zu erhalten. Aber es ist unerträglich, mit welcher Arroganz wir, die Nicht-Kriegsgeneration, mit der Vergangenheit umgehen. Der tschechische Staatspräsident Vaclav Havel besuchte Ende Juni unser Land. Er wünschte im Rahmen seines Staatsbesuchs die

Rütli-Wiese zu besuchen, die Wiege der Eidgenossenschaft. Der Bundespräsident dieser Eidgenossenschaft, der Sozialdemokrat Leuenberger, liess über Medienkanäle verlauten, der Wunsch von Präsident Havel habe ihm Mühe bereitet, sei doch das Rütli Symbol einer Schweiz, die nicht die seine sei. Anschliessend bemerkte Herr Leuenberger, Präsident Havel habe ihm das Rütli «zurückgegeben», es sei nun auch für ihn zu einem Symbol der Heimat geworden...

Herr Leuenberger, wessen Bundespräsident sind sie? Was geben sie eigentlich ihrem Volk zurück?

Uns bleibt der Trost, dass die Amtszeit des Bundespräsidenten auf ein Kalenderjahr beschränkt ist.

An dieser Stelle soll allen Frauen und Männern der Aktivdienstgeneration wieder einmal unser uneingeschränkter Dank ausgesprochen werden. Sie lebten vor 60 Jahren in bitterer Angst vor eingangs geschilderten Schrecken. Sie mussten entbehren. Sie schwörten, für die Freiheit ihr Leben zu lassen. Das Rütli gab ihnen die Kraft dazu. Sie benötigten nicht irgendeine Hilfe von aussen, um ihre Heimat zu erkennen.



## Erteilen Sie uns den Auftrag

Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) bleibt ein Thema! Über die zweite Armee-Abschaffungs-Initiative wird am 2.12.2001 abgestimmt. Wir nehmen diese politische Auseinandersetzung ernst. Denn der Abstimmungskampf um die Teilrevision des Militärgesetzes vom 10. Juni 2001 hat das armeebefürwortende Lager geschwächt. Und die Armee XXI stösst besonders bei der Miliz nicht gerade auf ein breites Wohlwollen. Solche Umstände kön-

nen der GSoA zu einem Achtungserfolg verhelfen. Die Vereinigung PRO LIBERTATE will das nicht. Mit Ihrer Spende zugunsten unseres Landesverteidigungsfonds erteilen Sie uns den Auftrag, die GSoA zu bremsen und für die Milizarmee einzustehen.

*Der Vorstand*



# Unsere neue Visitenkarte zum 45. Geburtstag von PRO LIBERTATE

8



Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Die Schweizer Vereinigung PRO LIBERTATE feiert dieses Jahr ihren 45. Geburtstag. Mehr als 4 Jahrzehnte Vereinsarbeit liegen hinter uns. Die Arbeit hat sich gelohnt. Doch auch in Zukunft warten noch viele anspruchsvolle Aufgaben auf uns. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir sie in Angriff nehmen. Unsere

Vereinigung benötigt dringend neue Mitglieder, Gönner und Sympathisanten, um neue Aktionen zu ermöglichen.

In der Beilage stellen wir Ihnen heute unser neues Porträt der Vereinigung PRO LIBERTATE vor. Als Visitenkarte ergänzt dieses das Mitgliederbulletin «PRO LIBERTATE-Mitteilungen» und die neuen Statuten. Der nun einheitliche Auftritt der Drucksachen widerspiegelt das Engagement und die Motiva-

tion unserer Vereinigung. Wir sind überzeugt, dass der neue Vorstellungsprospekt das persönliche Gespräch unterstützt und somit weitere Mitbürgerinnen und Mitbürger für eine Mitgliedschaft gewonnen werden können. Deshalb bitten wir Sie, den Prospekt kostenlos bei unserer Geschäftsstelle zu beziehen und aktiv einzusetzen. (Beachten Sie die Beilage in dieser Ausgabe.)

## Für Ihre Agenda...

### 25. August 2001: Besuch bei der Panzer Grenadier Schule in Thun

Veranstaltung der Vereinigung  
PRO LIBERTATE.

Bitte Einladung in der Beilage  
beachten.

### Herbst 2001: Geburstagsfeier:

**45 Jahre PRO LIBERTATE**  
Veranstaltung zum Gedenken  
an die Ereignisse in Ungarn  
von 1956 mit Gästen aus Ungarn  
und der Schweiz.  
Einladungsunterlagen folgen.

## Impressum

**Druck:** Schwarzenburger Druck + Verlag AG,  
3150 Schwarzenburg  
**Redaktion:** W. Gartenmann, M. Gerber, A. Gür  
**Geschäftsstelle:** Schweizerische Vereinigung  
PRO LIBERTATE, Postfach, 3000 Bern 11  
Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85  
Internet: [www.prolibertate.ch](http://www.prolibertate.ch)  
E-Mail: [info@prolibertate.ch](mailto:info@prolibertate.ch)

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.  
Erscheint 6x jährlich. Leserzuschriften müssen  
nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.  
Spenden: PC-30-26847-0

## Vorstand

Werner Gartenmann (Präsident), 3097 Liebefeld  
Max Gerber (Vizepräsident), 3000 Bern 16  
Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen  
Thomas Fuchs (Sekretär), 3018 Bern-Bümpliz  
Walter Rytz, 1133 Lussy-sur-Morges  
Christoph Gilgen, 3032 Hinterkappelen  
Christian Schmid, 3283 Niederried bei Kallnach  
Annemarie Gür-Bossard, 3822 Lauterbrunnen  
Redaktionsschluss dieser Nummer: 9.7.2001

## Brisante Themen

Die **Schriftenreihen** der Vereinigung PRO LIBERTATE beinhalten klare Stellungnahmen zu grundsätzlichen Fragen der Gesellschaft, des Staates und der historischen Rolle unseres Landes. Wir freuen uns, wenn Sie die attraktiven Schriften auch Ihren Verwandten, Freunden und Bekannten weitergeben.

**Für Bestellungen beachten Sie bitte die Beilage in dieser Ausgabe.**

**Aktualisierte Informationen von PRO LIBERTATE finden Sie unter**

[www.prolibertate.ch](http://www.prolibertate.ch)